Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung

Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine

Band: 88 (1970)

Heft: 23: Sonderheft der GEP

Artikel: Die Feier "100 Jahre GEP" am 27. September 1969: Ansprache von Bundespräsident H.P. Tschudi

Autor: Tschudi, H.P.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-84521

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HERAUSGEGEBEN VON DER VERLAGS-AKTIENGESELLSCHAFT DER AKADEMISCHEN TECHNISCHEN VEREINE, 8021 ZÜRICH, POSTFACH 630

Die Feier «100 Jahre GEP» am 27. September 1969

Ansprache von Bundesrat H. P. Tschudi

DK 061.2:378.183.6:091.5

I.

Der Bundesrat hat mich beauftragt, der Gesellschaft ehemaliger Polytechniker, ihren Organen und ihren Mitgliedern seine herzlichsten Glückwünsche zum 100jährigen Jubiläum zu überbringen. Ich danke Ihnen für Ihren ständigen Einsatz zu Gunsten der ETH-Zürich sowie für Ihr waches Interesse an den Problemen der sich rasch entwickelnden Hochschulen. Mein verbindlicher Dank bezieht sich aber auch auf die beruflichen Leistungen, die Qualität der täglichen Arbeit und die wissenschaftlichen Erfolge der ehemaligen Polytechniker, die den eindrücklichsten Beweis für das Niveau der an der ETH genossenen Ausbildung darstellen. Ganz besonders darf ich die im Ausland wirkenden Absolventen begrüssen, die zum Jubiläum ihrer alma mater nach Zürich hergereist sind. Sie tragen den Ruf der ETH in alle fünf Erdteile und verstärken mit ihren Ingenieur- und Architekturwerken sowie durch den hohen Rang ihrer wissenschaftlichen Arbeiten das Ansehen der Schweiz.

II.

In welcher Lage befinden sich die ETH-Zürich und die auf Jahresbeginn vom Bund übernommene ETH-Lausanne am 100. Geburtstag der Gesellschaft ehemaliger Polytechniker? Sie erleben die Periode des stürmischsten Wachstums ihrer Geschichte und sie werden durch die Reformbestrebungen und durch die Anfechtungen, die weltweit die Universitäten erschüttern, ebenfalls ergriffen. Die Lebenskraft der Bundeshochschulen ist ungebrochen und ihr Wille, mit der Entwicklung Schritt zu halten, wirkt beeindruckend. In diesem Zeitabschnitt des Ausbaus und der Änderungen ist der Rückhalt an Tausenden ehemaliger Polytechniker, die mit Sympathie die Entwicklung der Hochschulen verfolgen, höchst wertvoll.

Während eines ganzen Jahrhunderts nach der Gründung der ETH-Zürich bestand die Hochschulpolitik der Eidgenossenschaft darin, die einzige Bundeshochschule zeitgemäss auszubauen und ihr internationale Geltung zu sichern. Als wichtigstes Mittel, um eine hohe Qualität von Unterricht und Forschung zu gewährleisten, galt stets die Gewinnung erstrangiger Dozenten. Wenn man die Geschichte der ETH studiert, fällt sofort auf, mit welcher Sorgfalt die Behörden, vor allem die Schulratspräsidenten, die Wahl der Professoren vorbereitet haben. Nunmehr hat der Bund die Führung einer systematischen Wissenschaftspolitik eingeleitet. Wie der Bundesrat in den Richtlinien für die Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1968/71 festgelegt hat, kommt den Anstrengungen zu Gunsten von Bildung und Forschung eine hohe Priorität zu. Diese Wertung konkretisiert sich in zahlreichen Massnahmen, von denen die Subventionierung der kantonalen Hochschulen und die Unterstützung der Grundlagenforschung auf dem Weg über den Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung am bekanntesten sind und auch die grössten finanziellen Mittel erfordern.

Die Verantwortung für die Wissenschaftspolitik liegt nicht ausschliesslich beim Bund. Deshalb arbeitet er möglichst eng mit den Kantonen, mit der forschenden Industrie und mit den wissenschaftlichen Organisationen zusammen. Besonderes Gewicht legen wir auch auf die internationale Kooperation, weil sie den Wissenschaftern aus einem Kleinstaat Möglichkeiten eröffnet, die ihnen im eigenen Land nicht zur Verfügung stehen.

Unsere Wissenschaftspolitik strebt einen harmonischen Ausbau von Lehre und Forschung an, die bestmögliche Ausbildung des Nachwuchses vom Studienbeginn bis zur Post-Graduate-Stufe und bis zur Weiterbildung der in der Praxis stehenden Akademiker, die Förderung sowohl der Grundlagenforschung, als auch der angewandten Forschung. Die Schweiz ist gewillt, ihren Beitrag an die Erweiterung des Wissens und an ein vertieftes Verständnis der Menschen zu leisten wie auch Entdeckungen und Erfindungen zu begünstigen, die zu brauchbaren Erzeugnissen für Produktion und Konsum führen. Unsere Leitmotive sind also in erster Linie die kulturelle und ethische Bedeutung von Bildung und Wissenschaft, dazu aber auch der ökonomische und soziale Wert von Ausbildung und Forschung. Weitere Zielpunkte bilden hohe Qualität unserer Hochschulen und Forschungsinstitute, die Förderung der kreativen Eigenschaften bei der jungen Generation und der rationelle Einsatz der nicht unbeschränkt vorhandenen Mittel. Behörden und Bevölkerung sind sich bewusst, dass unser kleines Land auf dem im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb ausschlaggebenden Sektor der Forschung einen relativ höheren Einsatz zu erbringen hat als die Grossstaaten, wenn wir unsere Selbständigkeit auch in Zukunft erhalten, wenn wir unseren Lebensstandard weiter verbessern und wenn wir gleichzeitig unsere Verpflichtungen der Völkergemeinschaft gegenüber erfüllen wollen.

Dass im Rahmen dieser wissenschaftspolitischen Zielsetzungen von den beiden Eidg. Technischen Hochschulen in Zürich und in Lausanne erstrangige Aufgaben zu erfüllen sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Der Bund vernachlässigt darum auch in der neuen Epoche seiner Wissenschaftspolitik die Bundeshochschulen in keiner Weise. Für den Ausbau der Gebäude in Zürich, für die Errichtung des neuen Zentrums auf dem Hönggerberg und für den Bau des Schweiz. Nuklearforschungsinstituts in Villigen wurden bereits mehrere Hundert Millionen Franken bewilligt und weitere Kredite werden zur Verfügung gestellt werden. Besonders erwähnenswert ist ferner die rasche Verstärkung des Lehrkörpers wie auch des Mitarbeiterstabes. Die Unterstreichung der anerkennenswerten Leistungen des Schweizervolkes zu Gunsten der ETH-Zürich soll keineswegs als Ausdruck der Selbstzufriedenheit aufgefasst werden. Wir müssen unsere Anstrengungen fortsetzen und verstärken. In diesem Geiste wurde durch die Übernahme der EPUL als mit der ETH-Zürich gleichberechtigte Hochschule ein für die Zukunft aussergewöhnlich bedeutsamer Entscheid getroffen. Dieser gewinnt dadurch noch an Bedeutung, dass der Bund das Versprechen abgegeben hat, die ETH-Lausanne auf das prächtig gelegene Gelände in Dorigny zu verlegen. Wir werden somit eine gänzlich neue Hochschule bauen, wobei diese faszinierende Aufgabe sich noch dadurch erweitert, dass der Kanton Waadt auf dem angrenzenden Areal seine Universität errichtet. Es wird somit ein nach modernsten Gesichtspunkten konzipierter, einheitlicher Hochschulkomplex entstehen.

III.

Mit Freude stellen wir fest, dass gegenwärtig die Grundfragen unserer Universitäten insbesondere unter der jungen Generation wieder leidenschaftlich diskutiert werden: das Ziel der Ausbildung und die Aufgaben der Hochschulen in unserer Gesellschaft. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen stellt sich besonders das Problem der Beziehungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Da Sie als Absolventen der ETH nunmehr in der Praxis wirken, und damit beide Seiten kennen, sind Sie berufen, diese grundsätzliche Frage objektiv zu beurteilen und den zuständigen Instanzen mit wohl überlegten Ratschlägen zu dienen. Oberstes Prinzip unserer Hochschulpolitik ist die Freiheit von Lehre und Forschung. Dieser Grundsatz wird von uns primär aus ideellen Erwägungen verteidigt; wir sind aber überzeugt, dass er gleichzeitig die beste Entfaltung von Wissenschaft und Forschung gewährleistet. Unbekümmert um das Freiheitsprinzip wird in der Öffentlichkeit die Forderung erhoben, die Forschung habe zur Erreichung nationaler Ziele beizutragen. Hierzu gehören in erster Linie Aufgaben unserer Gemeinschaft, deren Verwirklichung eine intensive Forschung voraussetzt, wie die Landesplanung, die Reinhaltung von Wasser und Luft, die Verhütung von Krankheiten. Doch ist die Schweiz auch auf die Verbesserung vorhandener und auf die Erfindung neuer Produkte angewiesen, wenn sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will. Die Aufgaben in der Ausbildung stellen sich ähnlich: Es müssen den Studierenden solide allgemeine Kenntnisse vermittelt und ein weiter Horizont eröffnet werden; gleichzeitig sollen sie sich soweit spezialisieren können, dass sie den Anforderungen des Berufslebens gewachsen sind und der Allgemeinheit nützliche Dienste zu leisten vermögen.

Diese knappen Hinweise zeigen die Polarität der von den Universitäten und insbesondere von den Eidg. Technischen Hochschulen anzustrebenden Ziele: Freie Wahl des Unterrichtsstoffs und der Forschungsprojekte einerseits, Vorbereitung der Studierenden auf die Praxis und Forschung im Hinblick auf Aufgaben der Allgemeinheit sowie der Wirtschaft andererseits. In der öffentlichen Meinung wechselt die Beurteilung hinsichtlich der Bedeutung der beiden Richtungen rasch. Bis vor kurzer Zeit wurde von verschiedenen Kreisen vehement die Forderung nach enger Verbindung zwischen Hochschule und Industrie in der Forschung sowie nach einer praxisnäheren Ausbildung erhoben. Oft wurde betont, dass die hohen Summen, die der Staat für Hochschule und Forschung einsetzt, der Bevölkerung in dieser oder jener Form wieder zugute kommen müssten. Der aus der Wirtschaft stammende Begriff der «Investition» wurde für Bildungs- und Forschungsaufwendungen gebräuchlich. Im Gegensatz zu dieser Tendenz wird in Studentenkreisen die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie mit Misstrauen beobachtet, weil dadurch die Gefahr einer Abhängigkeit entstehe; ja auch die Einflussnahme des Staates soll durch die Ausdehnung der Hochschulautonomie zurückgedämmt werden, obwohl dieser nicht partikularistische Ziele, sondern die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten hat. Jedem Einsichtigen ist vertraut, dass auf beiden Seiten echte Anliegen im Spiele sind. Die Hochschulautonomie und die völlige Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen bilden die stärkste Garantie für die Freiheit von Lehre und Forschung. Doch darf sich die Universität nicht von der Gesellschaft isolieren; sie hat der Bevölkerung unerlässliche Dienste zu leisten. Einseitige Lösungen liegen darum weder im Interesse der Hochschule noch der Allgemeinheit. Die richtige Ordnung muss in einer Synthese gefunden werden durch neue Formen des Zusammenwirkens im Geiste echter Solidarität.

Bei der Ausarbeitung des Bundesgesetzes über die Eidg. Technischen Hochschulen werden diese grundlegenden Fragen sorgfältig geprüft werden müssen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass ein umfassender Consens über die in Zukunft massgebenden Prinzipien gefunden werden kann. Ihre Vereinigung beteiligt sich an diesen Vorarbeiten. Sie kann sich durch gründlich überdachte, konstruktive Vorschläge zu Handen der Expertenkommission und der Behörden besondere Verdienste erwerben.

IV.

Somit sehe ich voraus, dass die Gesellschaft ehemaliger Polytechniker im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens eher zahlreichere und wichtigere Aufgaben zu bewältigen haben wird als bisher. Eine positivere Prognose kann man einer menschlichen Institution an ihrem 100. Geburtstag wohl kaum stellen. Von ganzem Herzen wünsche ich an diesem feierlichen Anlass Ihrer Gesellschaft, aber auch unseren beiden Eidg. Technischen Hochschulen in Zürich und in Lausanne sowie den an ihnen wirkenden Professoren, Assistenten und Studenten Erfolg und Glück.

Ansprache von Dr. J. Burckhardt, Präsident des Schweiz. Schulrates

Zwischen ETH und GEP besteht eine nun 100jährige Weggemeinschaft. An Alter ist die Schule ein wenig voraus – was sie nicht an Jugendsprüngen hindert. Auch zieht sie ihre Etappenziele gerne höher als jene der profanen Weggenossen. An Lebenserfahrung marschiert die GEP in Front.

Zunächst möchte ich dem getreuen Weggenossen von Herzen gratulieren und für all die Sympathie, die guten Ratschläge und die häufigen Wegzehrungen, die er der ETH im Verlaufe der 100 Jahre zuteil werden liess, danken.

In jüngster Zeit mögen manche von Ihnen, meine Herren, mit einiger Besorgnis auf den unruhigen Kumpanen ETH geschaut haben. Ihr wohlwollendes Verständnis haben Sie dabei allerdings nicht verloren. Es gibt ja in der Tat mancherlei Gründe, welche die Unruhe verständlich machen: Hintergründe, die weltweit in Erscheinung treten; Vordergründe, die sich – auch sie weltweit – durch das Wachstum der Studenten- und Dozentenzahlen, der Wissenschaftsbudgets und des Wissenschaftsstoffes auftürmen.

Ich will mich zu etwas anderem, spezifisch Neuem äussern, das den einen oder anderen ehemaligen Polytechniker insgeheim beunruhigen könnte: Die ETH ist heute nicht mehr die einzige Bundeshochschule, nicht mehr das alleinige «enfant gâté fédéral», welches sie 115 Jahre lang war. Eine zweite Bundeshochschule ist hinzugetreten. Überdies zehren neuerdings 8 kantonale Universitäten mit ihr vom eidgenössischen Fiskus. Dieser steigert allerdings erfreulicherweise seine Aufwendungen für die Wissenschaft mehr als für irgendein anderes seiner Betreuungsgebiete. Das hohe Verständnis sprach soeben wiederum aus den Worten von Herrn Bundesrat Tschudi. Wir sind ihm sehr dankbar.

Das Poly reihte sich in die Spitzengruppe der Polytechnika in Zeiten ein, da deren finanzielle Mittel auch in den Grossstaaten noch massvoll waren. Auch das hat sich geändert.

Wie lassen sich die Qualität und der internationale Rang der ETH unter den erschwerten Umständen halten? Das ist heute *die* Frage, und eine Antwort darauf ist: Nicht ohne dass sie ihre Kräfte zielbewusst sammelt und sie mit verwandten Kräften ausserhalb abstimmt. Hiezu einige Gedanken:

Im Hochschulleben regt sich entscheidend die Tendenz zu engerer Zusammenarbeit. Gestern war dies für manchen wenig mehr als ein Schlagwort. Heute nimmt es Gestalt an. Ich sehe